

18. Wahlperiode

---

## **Antrag**

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

### **Konzept für ein Jugendzentrum für LSBTTIQ\*-Jugendliche auf den Weg bringen**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, gemeinsam mit der Fachrunde von Bezirksjugendpolitiker\*innen sowie den in der AG queere Jugendhilfe zusammenarbeitenden queeren Projektträgern im Bereich der Jugendbildung, Jugendberatung sowie Jugendhilfe ein Konzept zur Entwicklung eines landesweiten Jugendzentrums für LSBTTIQ\*-Jugendliche zu erarbeiten. Dabei ist insbesondere der Peer-to-Peer-Ansatz zu berücksichtigen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis Ende September 2017 zu berichten.

---

#### *Begründung:*

Die Situation von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans\*, inter\* und queeren Jugendlichen ist nach wie vor schwierig. Ob im Elternhaus, in der Schule, am Ausbildungsplatz und auch im öffentlichen Raum – Diskriminierungserfahrungen gehören für sie zum Alltag. Immer noch sind sie Ausgrenzung, Pöbeleien und auch Gewalt ausgesetzt trotz vielfacher gesellschaftlicher Veränderungen und Verbesserungen von rechtlichen Rahmenbedingungen.

Die Tabuisierung oder Ablehnung der eigenen sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität bleibt aber nicht ohne erhebliche Folgen. In der Forschung gelten LSBTTIQ\*-Jugendliche daher als Gruppe, die oft mit erhöhten psychosozialen Belastungen zu kämpfen hat. Unter anderem ist das Suizidrisiko um das Vier- bis Sechsfache erhöht.

Die Koalition hat sich daher vorgenommen, zur Unterstützung des Coming-outs und der Belange junger LSBTTIQ\* die queere Jugendarbeit in Berlin auszubauen und mindestens ein queeres Jugendzentrum mit berlinweitem Auftrag einzurichten. Sie unterstützt insbesondere

queere Projekte, die in der Jugendfreizeit- und Jugendberatung und in der Schulaufklärung mit dem Peer-to-Peer-Konzept arbeiten.

LSBTTIQ\*-Jugendliche sollen in Berlin selbstbestimmt, angst- und diskriminierungsfrei aufwachsen und leben können. Dies zu ermöglichen ist sowohl eine Aufgabe für den gesamten Bereich der Jugendbildung, Jugendberatung und Jugendhilfe als auch für unsere Stadtgesellschaft als Ganzes.

Berlin, d. 09. Mai 2017

Saleh      Kühnemann  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
der SPD

Bluhm      U. Wolf      Schatz  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Die Linke

Kapek      Gebel      Kofbinger      Walter  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen